

60. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, Hannover, 15.- 17. Mai 2009

Seite 1

ANTRAG NR. 29

Zeile

1 **Betr.: Die Bundeswehr vor neuen Herausforderungen**

2

3

4 **Antragsteller: Landesverband Rheinland-Pfalz**

5

6

7 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

8

9

10 Liberale Sicherheitspolitik trägt dazu bei, dass Deutschland die Chancen der
11 Globalisierung für sich nutzen kann. Die Globalisierung eröffnet eine Vielzahl von
12 Möglichkeiten für unser Land. Sie eröffnet neue Wege für die Verbreitung von
13 Freiheit, Demokratie und Menschenrechten, für ökonomischen und
14 wissenschaftlichen Fortschritt und für eine kooperative und faire Regelung
15 internationaler Konflikte. Globalisierung stellt jedoch aufgrund des technologischen
16 Fortschritts und der zunehmenden Zahl relevanter staatlicher Akteure und des
17 Auftauchens sicherheitsbedrohender nichtstaatlicher Akteure neue
18 Herausforderungen an die Sicherheitspolitik.

19

20 Unter den Bedingungen der Globalisierung sind wirtschaftliche, soziale, ökologische
21 sowie menschenrechtliche Aspekte zum festen Bestandteil eines umfassenden
22 Sicherheitsbegriffs geworden. Die Umweltpolitik der Schwellenländer, das
23 Management zunehmend knapper Wasserressourcen, die Verbreitung von Aids,
24 Migration, die Sicherheit nuklearer Anlagen und kritischer Infrastruktur, schlechte
25 Regierungsführung, die Missachtung von Menschen- und Bürgerrechten, die Armut
26 in vielen Staaten sowie die Aktivitäten länderübergreifender Organisierter Kriminalität
27 beeinflussen direkt oder indirekt die Lebensbedingungen von Millionen von
28 Menschen, auch wenn sie weder in den betroffenen Regionen und Staaten leben,
29 noch an deren Entscheidungen beteiligt sind.

30

31 Die Liberalen treten deshalb für eine vernetzte und integrierte Sicherheitspolitik ein,
32 die alle Aspekte der internationalen Politik einbezieht und bei der ein Einsatz
33 militärischer Gewalt nur als ultima ratio in Frage kommt.

34

35 Die Liberalen streben an, Frieden und weltweite Sicherheit in erster Linie durch einen
36 Konsens der Weltgemeinschaft zu erreichen. Globale Sicherheitsgarantien und ein
37 angemessenes und gemeinsames Vorgehen gegen Störungen des Weltfriedens sind
38 die erstrebenswerten Ziele.

39

40 Nur von befreundeten Staaten umgeben und mit den Nachbarn in der Europäischen
41 Union und der europäischen Integration eng verbunden, sollte sich Deutschland nach
42 der Formulierung eigener außenpolitischer Ziele dafür einsetzen, dass
43 Sicherheitspolitik maßgeblich im multinationalem Rahmen stattfindet. Deshalb

Zeile

1 definieren sich die Erfordernisse an die Ausrüstung und Ausbildung der deutschen
2 Streitkräfte aus ihrer Rolle im Rahmen der multilateralen Arbeitsteilung.
3 Die deutschen Streitkräfte haben als wichtiges Instrument deutscher
4 Sicherheitspolitik die notwendigen Strukturanpassungen, die das Ende des Kalten
5 Krieges, weltweite Machtverschiebungen sowie die Bedrohung durch den
6 internationalen Terrorismus erfordern, noch nicht ausreichend vollzogen. Der vor fünf
7 Jahren eingeschlagene Transformationsprozess führt aufgrund fehlender finanzieller
8 Handlungsspielräume sowie fehlenden politischen Muts nicht zu einem zeitnahen
9 Erfolg und ist innerhalb der Bundeswehr selbst weitgehend negativ besetzt. Daher ist
10 eine grundlegende Neuausrichtung in diesem Bereich notwendig. Neben der
11 Beibehaltung herkömmlicher Fähigkeiten sowie der Ausbildung von modernen
12 Streitkräften sind neue Strukturen innerhalb der Bundeswehr sowie ein intelligenter
13 Umgang mit den finanziellen Ressourcen notwendig.
14
15

Die Bundeswehr als moderne Armee im Einsatz

16
17
18 Liberale Sicherheitspolitik setzt sich dafür ein, dass die Bundeswehr neben dem
19 Schutz Deutschlands und seiner Bevölkerung auch ihren immer umfangreicheren
20 internationalen Verpflichtungen gerecht werden kann. Die Teilnahme an
21 internationalen Einsätzen auf NATO und EU-Ebene wird die zukünftige
22 Hauptaufgabe der Bundeswehr sein. Dazu benötigt sie einen klaren politischen
23 Auftrag und eine völkerrechtliche Legitimität. Die Fähigkeit zur Landes- und
24 Bündnisverteidigung muss dabei erhalten bleiben. Die Struktur der Bundeswehr
25 muss konsequent auf die wahrscheinlichen Einsätze im Rahmen von internationaler
26 Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den
27 internationalen Terrorismus ausgerichtet werden. Unter anderem deshalb ist die
28 Wehrpflicht nicht mehr zeitgemäß. Grundwehrdienstleistende dürfen und sollen nicht
29 in Auslandseinsätzen eingesetzt werden. Die Wehrpflicht ist sicherheitspolitisch nicht
30 mehr zu begründen, da sie nicht mehr unabdingbar ist. Sie ist daher auszusetzen.
31

32 Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ist derzeit zu niedrig. Die Personalstärke der
33 Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche ist so auszurichten, dass die Bundeswehr
34 die notwendige Anzahl Soldaten in Auslandseinsätze entsenden kann, ohne dass sie
35 an ihre Kapazitätsgrenzen stößt. Deutschland braucht eine attraktive
36 Freiwilligenarmee mit einem Potenzial von Kurzzeitdienern, die auch in
37 Auslandseinsätzen eingesetzt werden können. Diese Kurzzeitdiener, die sich
38 freiwillig für eine Zeit bis zu 24 Monaten verpflichten können, bilden außerdem das
39 Potenzial für die Nachwuchsgewinnung bei der Bundeswehr, die bisher als eines der
40 Hauptargumente für die Beibehaltung der Wehrpflicht diente, da sie den privilegierten
41 Zugriff auf den Arbeitsmarkt sicherstellte.

60. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, Hannover, 15.- 17. Mai 2009

Seite 3

ANTRAG NR. 29

Zeile

1 Liberale Sicherheitspolitik verlangt einen verantwortungsvollen Umgang mit den
2 Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Die nachvollziehbare politische Begründung der
3 Bereitschaft Deutschlands, Freiheit und Menschenrechte, Stabilität und Sicherheit im
4 Einzelfall auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen und wiederherzustellen ist
5 eine notwendige Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit jedes Auslandseinsatzes.
6 Grundsätzlich sollte eine Kultur der Zurückhaltung gepflegt werden, damit deutlich
7 wird, dass der Einsatz von Militär weder ein Allheilmittel ist, noch unserer
8 Interessenwahrung immer gerecht werden kann. Jede Entscheidung über einen
9 Auslandseinsatz erfordert eine verantwortliche Risikoabwägung zwischen den
10 Gefahren für Leib und Leben der Soldatinnen und Soldaten und der
11 Handlungsfähigkeit der Bundeswehr als Instrument der deutschen Außen- und
12 Sicherheitspolitik.

13 Die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages zu den Auslandseinsätzen
14 der Bundeswehr hat sich bewährt. Die Befassung des Deutschen Bundestages
15 garantiert eine breite gesellschaftliche Debatte. Zur Umsetzung des Urteils des
16 Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 hat sich die FDP für ein
17 Parlamentsbeteiligungsgesetz eingesetzt, das am 18. März 2005 beschlossen
18 wurde. Nicht alle liberalen Forderungen haben bisher Eingang in dieses Gesetz
19 gefunden. Deshalb fordern die Liberalen einen Entsendeausschuss für
20 geheimhaltungsbedürftige und besonders eilbedürftige Auslandseinsätze. Dadurch
21 kann auch eine bessere parlamentarische Kontrolle sichergestellt werden. Außerdem
22 bliebe das Parlament auch dann jederzeit handlungsfähig, wenn Menschen aus
23 besonderen Gefahren gerettet werden sollen. Der Parlamentsvorbehalt für
24 Auslandseinsätze der Bundeswehr wird durch die militärische Planung der NATO
25 nicht berührt. Jeglichen Versuchen, etwa mit Bezug auf die NATO Response Force
26 Vorratsmandate für Bundeswehreinsätze zu beschließen, erteilen wir Liberale eine
27 klare Absage.

28 Daher fordert die FDP:

29 - Die Teilnahme an internationalen Einsätzen auf NATO und EU-Ebene ist die
30 zukünftige Hauptaufgabe der Bundeswehr. Dazu benötigt sie stets einen
31 klaren politischen Auftrag und volle völkerrechtliche Legitimität. Die Fähigkeit
32 zur Landes- und Bündnisverteidigung müssen erhalten bleiben;

33
34 - Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ist derzeit zu niedrig. Die
35 Personalstärke der Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche ist so
36 aufzustellen, dass die Bundeswehr die notwendige Anzahl Soldaten in den
37 Einsatz entsenden kann, ohne dass sie an ihre Kapazitätsgrenzen stößt.
38 Deutschland braucht eine attraktive Freiwilligenarmee mit einem Potenzial von
39 Kurzzeitdienern, die auch in Auslandseinsätzen eingesetzt werden können;

40

Zeile

- 1 - Die Bundeswehr ist und bleibt eine Parlamentsarmee. Der Deutsche
2 Bundestag entscheidet über jeden Auslandseinsatz;
3
4 - Für geheimhaltungsbedürftige sowie kurzfristig erforderliche Einsätze in
5 integrierten Verbänden von NATO und EU ist ein Entsendeausschuss
6 einzurichten, der die parlamentarische Kontrolle ausübt.
7

Schlanke Strukturen für einen attraktiven Dienst

8
9
10 Liberale Sicherheitspolitik setzt sich dafür ein, dass der Dienst in der Bundeswehr
11 attraktiver wird. Als Arbeitgeber steht die Bundeswehr in Konkurrenz zu Arbeitgebern
12 aus der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Dienst. Infolge zukünftiger
13 geburtenschwacher Jahrgänge drohen der Bundeswehr massive Probleme bei der
14 Gewinnung eines geeigneten, qualifizierten Nachwuchses. Die Entwicklung der
15 Bewerberumfänge hängt aber nicht nur von demographischen Faktoren, sondern
16 insbesondere auch von der Attraktivität des Berufsangebotes ab. Diese wird durch
17 Gehaltshöhe, Weiterbildungsmöglichkeiten, Versetzungshäufigkeit sowie durch die
18 Versorgung im Falle der Verwundung und durch die Vereinbarkeit von Dienst und
19 Familie beeinflusst. Gerade die gelungene Integration von Frauen in die Bundeswehr
20 hat gezeigt, dass in der Zukunft zielgruppenorientierte Rekrutierungsmethoden
21 immer wichtiger werden. Die auf junge Männer ausgerichtete Wehrpflicht hat auch
22 vor diesem Hintergrund keine Zukunft mehr. Deshalb muss die Frage, wie Familie
23 und Dienst in Einklang zu bringen sind, in Anbetracht der besonderen Belastungen
24 des Soldatenberufes endlich auch als eigene Aufgabe der Bundeswehr betrachtet
25 werden. Familienfreundlichkeit wird in Zukunft ein wichtiger Faktor bei der
26 Berufswahl junger Menschen sein.
27

28 Liberale Sicherheitspolitik wirbt für eine bessere Einbindung der Reservisten in die
29 Bundeswehr. Reservisten dürfen nicht länger Lückenbüßer innerhalb der
30 Bundeswehr sein. Das Know-how von Spezialisten aus der Privatwirtschaft muss die
31 Bundeswehr besser als bisher für sich nutzbar machen. Die Fähigkeiten im Bereich
32 der zivil-militärischen Zusammenarbeit sollten auf freiwilliger Basis mehr als bisher in
33 den Auslandseinsätzen zur Anwendung kommen. Reservisten müssen mehr sein als
34 reine Berater der Bezirke und Kreise. Reservisten mit sehr guten IT-Kenntnissen,
35 Bauingenieure, Logistiker, Psychologen, aber auch Ethnologen und Sprachmittler
36 sind wichtige Eckpfeiler für die Bundeswehr im Auslandseinsatz.
37

38 Liberale Sicherheitspolitik setzt sich dafür ein, dass die Bundeswehr schlankere, aber
39 zugleich verlässlichere Strukturen erhält. Die Bundeswehr ist zu kopflastig und
40 unterhält zu viele Führungskommandos. Die Antrittsstärke bei der Bundeswehr ist
41 jedoch durch den Ausbildungsbetrieb, die Auslandseinsätze und durch
42 Erziehungszeiten häufig zu niedrig. Die Truppenteile und Verbände sollten einen
43 Zugewinn an Handlungsfähigkeit erhalten, indem sie mit einer personellen

60. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, Hannover, 15.- 17. Mai 2009

Seite 5

ANTRAG NR. 29

Zeile

1 Antrittsstärke von 110 % ausgestattet werden. Auch die strikte Unterscheidung in
2 Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte ist aufzugeben.
3 Eingreifoperationen finden in der Regel gegen einen vorrangig militärisch
4 organisierten Gegner statt. Solche Bedrohungen bestehen derzeit nicht. Die
5 Unterteilung führt zu Fehlentwicklungen in der Bundeswehr. So mussten bisher die
6 Soldatinnen und Soldaten in den Stabilisierungsverbänden sehr oft innerhalb kurzer
7 Abstände in den Auslandseinsatz, während die Eingreifkräfte viel seltener zum
8 Einsatz kamen. Grundsätzlich müssen gut ausgebildete Bundeswehrsoldaten in allen
9 Operationsformen einsatzfähig sein. Die aktuelle Unterteilung dient vorwiegend der
10 Kaschierung finanzieller und materieller Defizite. Sie führt zur Beschaffung von
11 notwendigen Ausrüstungsgegenständen in Teilloren, die prioritär den Eingreifkräften
12 zugewiesen werden. Die Stabilisierungskräfte erhalten das für den Auslandseinsatz
13 notwendige Material oft erst Jahre später. Anderes für Auslandseinsätze
14 notwendiges Material wie etwa Geräte zur Freund-Feind-Erkennung und der
15 Lastengleitfallschirm fallen aufgrund der falschen Schwerpunktsetzung oft der Politik
16 des Streichens, Streckens, Kürzens zum Opfer.

17

18 Daher fordert die FDP:

19

20 - Die Struktur der Bundeswehr muss auf die wahrscheinlichen Einsätze im
21 Rahmen der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung
22 einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus
23 konsequent ausgerichtet werden;

24

25 - Die Rolle der Frauen in der Bundeswehr hat sich bewährt und zeigt, dass es
26 in der Zukunft auf zielgruppenorientierte Rekrutierungsmethoden für Frauen
27 und Männer ankommen wird, z.B. durch Angebote zur verbesserten
28 Vereinbarkeit von Familie und Dienst;

29

30 - Reservisten dürfen keine Lückenbüßer sein. Das Know-how von Spezialisten
31 aus der Privatwirtschaft muss die Bundeswehr besser als bisher für sich
32 nutzbar machen;

33

34 - Die Bundeswehr muss ihre Führungskommandos umfassend reduzieren und
35 die Strukturen straffen. Zugleich ist die Aufteilung in die Organisationsbereiche
36 zu überprüfen;

37

38 - Die Unterscheidung der Bundeswehr in Eingreif-, Stabilisierungs- und
39 Unterstützungskräfte ist aufzugeben;

40

41 - Die Bundeswehr braucht schlankere und verlässlichere Strukturen. Für einen
42 Zugewinn an Handlungsfähigkeit sind die Verbände jedoch mit einer
43 Antrittsstärke von mindestens 110 % personell auszustatten.

Zeile

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42

Geld intelligenter ausgeben

Liberale Sicherheitspolitik fordert, dass das im Verteidigungshaushalt vorhandene Geld intelligenter als bisher ausgegeben wird. Die Ausrüstungsplanung sich konsequent an der mittelfristigen Einsatzrealität zu orientieren hat. Die jetzige materielle und finanzielle Ausstattung beeinträchtigt zunehmend die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr. In wichtigen Bereichen wird die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands durch die nicht mehr zu leugnenden Ausrüstungsdefizite immer weiter eingeschränkt. Spielräume im Verteidigungsetat können in der Zukunft nur aus einer spürbaren Stückzahl Anpassung bei Großprojekten wie dem Eurofighter und dem A400M bzw. durch den Verzicht auf Projekte wie das taktische Luftverteidigungssystem MEADS erwirtschaftet werden. Darüber hinaus muss es eine weitergehende Öffnung gegenüber anderen Formen der Finanzierung wie Leasing, Public-Private-Partnership-Modellen oder Pooling geben. Diese können finanzielle Handlungsspielräume schaffen und eine beschleunigte Beseitigung von Infrastrukturmängeln wie beispielsweise maroder Kasernen eröffnen. Beim Pooling werden Fähigkeiten und Kapazitäten verschiedener Staaten in einen gemeinsamen Pool eingebracht und können bedarfsgerecht genutzt werden.

Liberale Sicherheitspolitik setzt sich für eine auftragsorientierte Beschaffungspolitik ein. Die notwendige Ausrüstung muss schneller als bisher bei der Bundeswehr ankommen. Bürokratische Hürden müssen dabei abgebaut, Standards vereinfacht und Beschaffungsverfahren verkürzt werden. Deswegen muss das flexible Instrument des Einsatzbedingten Sofortbedarfs (ESB) häufiger zur Anwendung kommen und das CPM (Customer Product Management) muss reformiert werden. Projektierungs-, Analyse- und Einführungsphase müssen deutlich gestrafft werden. Außerdem muss das CPM mehr Möglichkeiten für den Mittelstand bieten, auch an größeren Beschaffungsprojekten teilzuhaben. Bei Beschaffungsentscheidungen müssen neben den reinen Beschaffungskosten auch die Lebenszykluskosten berücksichtigt werden.

Daher fordert die FDP:

- Alle bestehenden und geplanten Beschaffungsvorhaben müssen auf den Prüfstand. Im Dialog zwischen der politischen Führung, der Bundeswehr und der wehrtechnischen Industrie muss Einvernehmen über eine einsatzorientierte Beschaffung erzielt werden; die nationale Beschaffung muss den Erhalt von Kernfähigkeiten der Industrie sicherstellen;
- Moderne Formen der Finanzierung wie Leasing, PPP-Modelle oder Pooling können mehr finanziellen Handlungsspielraum schaffen. Die Anwendung

Zeile

1 solcher Modelle ist verstärkt in die Beschaffung und Unterhaltung
2 einzubeziehen;

3
4 - Der Prozess der Entbürokratisierung bei Beschaffungsvorhaben muss
5 beschleunigt werden. Das CPM muss dringend modernisiert werden.
6 Notwendige Beschaffungen müssen flexibler und schneller als bisher
7 durchführbar sein.

8

9

Vernetzte Sicherheit als gesamtpolitischer Ansatz

10

11 Die Bewältigung der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen kann nicht
12 mehr nur allein die Aufgabe der Bundeswehr sein. Gerade bei den weltweit
13 zunehmenden Einsätzen zur Aufstandsbekämpfung (Counter-Insurgency, COIN), wie
14 beispielsweise in Afghanistan, ist ein ressortübergreifender Gesamtansatz, der eine
15 tatsächliche sicherheitspolitische Vernetzung herstellt, dringend notwendig. Daran
16 müssen verschiedene staatliche und nichtstaatliche Akteure innerhalb einer
17 Gesamtstrategie beteiligt sein. Grundvoraussetzung für eine wirksame Vernetzung
18 ist der Aufbau eines gemeinsamen Verständnisses von Stabilisierung und zivil-
19 militärischer Zusammenarbeit zwischen den relevanten Bundesressorts, also dem
20 Bundeskanzleramt, dem Auswärtigem Amt, dem Bundesministerium für
21 wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Verteidigungs- und
22 Innenministerium sowie dem Finanzministerium. Die Zusammenarbeit der beteiligten
23 Ressorts muss besser als bisher koordiniert werden. Wenn unterschiedliche
24 Auffassungen innerhalb der Ressorts das Gelingen von Einsätzen, insbesondere im
25 Bereich COIN, gefährden, bedarf es einer ressortübergreifenden politischen
26 Koordinationsstelle mit eigener Entscheidungskompetenz.

27

28 Die Entwicklungszusammenarbeit muss in den Regionen, in denen deutsche
29 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden, spürbar erhöht werden, damit in
30 absehbarer Zeit eine selbst tragende sicherheitspolitische und wirtschaftliche
31 Stabilität erzeugt werden kann, die eine zeitlich absehbare Beendigung des
32 militärischen Einsatzes ermöglicht. Daher muss mehr als bisher der zügige Aufbau
33 von Sicherheitskräften, also Polizei und Armee, Justiz sowie der zeitgleiche Aufbau
34 von Infrastruktur, Bildungssystemen und Wirtschaft im jeweiligen Einsatzland
35 vorangetrieben werden.

36

37 Daher fordert die FDP:

38

39 - Der Begriff der vernetzten Sicherheitspolitik muss konkret ausgefüllt werden.
40 Grundvoraussetzung für eine wirksame Vernetzung ist der Aufbau eines
41 gemeinsamen Verständnisses von Stabilisierung und zivil-militärischer
42 Zusammenarbeit zwischen den relevanten Bundesressorts. Dazu ist die
43 gemeinsame Entwicklung eines ressortübergreifenden Ansatzes notwendig.

**60. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, Hannover,
15.- 17. Mai 2009**

Seite 8

ANTRAG NR. 29

Zeile

1 Zur Umsetzung dieses vernetzten Ansatzes ist eine ressortübergreifende
2 Koordinationsstelle mit eigener Entscheidungskompetenz im
3 Bundeskanzleramt zu schaffen. Diese Stelle ermittelt den Aufbaubedarf,
4 bereitet die notwendigen Planungen vor und fordert die notwendigen
5 finanziellen Mittel an. Bei ressortübergreifenden Differenzen hat sie die
6 Verpflichtung, Mehrheitsentscheidungen abschließend durchzusetzen;

7

8 - Die Bundesregierung hat darauf hinzuwirken, dass der Ansatz der vernetzten
9 Sicherheitspolitik auch auf der Ebene der verbündeten Nationen zu einer
10 allgemein akzeptierten politischen Grundlage bei internationalen Missionen
11 wird.

12

13

14 **Begründung:**

15

16 **erfolgt mündlich**